Reinhard Blomert, Elisabeth Meyer-Renschhausen

Kann man die Aufklärung kommerzialisieren?

Die Hintergründe der neuen Rahmenbedingungen für die Universitäten

erschienen in: Paul Kellermann, Manfred Boni, Elisabeth Meyer-Renschhausen, Hrsg., Zur Kritik europäischer Hochschulpolitik, Wiesbaden: VS-Verlag 2009, 27-45

Derzeit werden die europäischen Universitäten gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Wissenschaftler umgekrempelt. Die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer werden vernachlässigt, zwischen 1995 und 2005 wurden allein 663 Professuren in den Sprach- und Kulturwissenschaften gestrichen, die Hälfte der universitären Institute für Soziologie wurden abgeschafft oder drastisch verkleinert. Angeblich überzähliges Personal wurde entlassen oder mittels "Fristenregelungen" von künftigen Anstellungen ausgeschlossen. Mit der Abschaffung der Privatdozenten als Kategorie wurden die vielfach auf eigene Kosten unternommenen Zukunftsinvestitionen der Privatdozentinnen von heute auf morgen entwertet. Politik und Ministerien hatten die Universitäten durch jahrelange Sparpolitik ihrer innovativen Potentiale beraubt und in herdenhafter Einheitlichkeit machten selbsternannte Bildungsexperten und eine Reihe von Bildungsjournalisten sich über wirkliche und angebliche Schwächen der Universitäten her und riefen die Bildungskatastrophe aus.

Woher kam dieser Angriff auf die bislang weltweit als vorzüglich geltenden deutschen Universitäten? Wozu diese Herabwürdigung von Forschung und Lehre? Woher die Sparwut, die sich vor allem auf jene Fächer auswirkte, die sich mit sozialen Konflikten und ihren möglichen Lösungen befassen? Wozu die massive "Entsorgung" von qualifizierten Hochschullehrern wie etwa den Privatdozenten in den Orkus der Geschichte? Was steckt hinter solchen – volkswirtschaftlich gesehen – unsinnigen Maßnahmen? Wer definiert, welche Universität und welches Wissen unsere Gesellschaft benötigt?

Privatisierungen als Zweck der WTO und das GATS

Das Reformziel "Marktnähe" der Universitäten entspricht der allgemeinen Generallinie der Europäischen Union, die seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 auf die Linie des "Washington Consensus" von 1990 eingeschwenkt ist. Es handelt sich um die Linie des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der OECD, also internationaler Organisationen, die ihren Mitgliedsstaaten seit dem Ende der Sowjetunion eine marktfundamentalistische Politik empfehlen. Der Washington Consensus von 1990 empfiehlt den Abbau staatlicher Infrastruktur zugunsten privater Unternehmen entsprechend der neoliberalen Lehre, die seit der neokonservativen Wende und dem Zusammenbruch des Sozialismus eine weltweite kulturelle Hegemonie erlangt hat.

Die neoliberale (auch neoklassische) Theorie geht von der grundlegenden These aus, dass der private Sektor in sich stabil sei. Sie sieht daher grundsätzlich keinen Anlass für den Staat, in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Der Staat gilt vielmehr als Störfaktor und soll sich daher tendenziell aus der Wirtschaft zurückziehen. Nach dieser Lehre werden durch Deregulierung und Privatisierung viele bisher öffentliche Versorgungsbereiche dem Markt übergeben, das Versprechen lautet, der Kunde werde besser und billiger bedient.

Dass es niemals tragfähige Beweise für die These von der Ineffizienz staatlicher Unternehmen gegeben hat, bleibt dabei unbeachtet: Tatsächlich kann man aber inzwischen längst feststellen, dass die Versprechen nicht eingehalten werden konnten, wie etliche Beispiele der Versorgungswirtschaft zeigen. Aus einer Theorie wird dann eine empiriefreie Ideologie, die nur noch dazu beitragen kann, europäischen Konzernen bei der Expansion in den Bereich bisher gemeinnütziger Unternehmungen beizustehen [1]

Auch die Bildung gehört nach den Idealen der neoliberalen Theorie, die in der EU-Kommission seit 1987 zur Standarddoktrin geworden ist, in den Bereich Dienstleistungen. Instrument der Umsetzung dieser Politik des IWF und der OECD wurde die aus der so genannten Uruguayrunde des GATT entstandene WTO, die einen Schwerpunkt auf die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge legte, welche zum Markt der "civil services" umdefiniert wurde. Seit der Schaffung der WTO am 1.1.1995 in Genf gibt es kaum noch Bereiche bisher staatlicher Aufgaben, die von der Privatisierungsoption ausgenommen sind, auch die universitäre Bildung nicht. Das ursprüngliche GATT- Handelsabkommen (General Agreement on Tarifs and Trade) von 1947 schloss den unbeschränkten Handel mit Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und mit Lebensmitteln über alle Grenzen hinweg aus. Sinn und Zweck der mittels der so genannten Urugurayrunde von 1986 bis 1994 gegründeten WTO war die Ausweitung des Welthandels eben genau in diese ehedem vor dem Weltmarkt geschützten Bereiche. Besonderes Anliegen war den USA die Aufhebung des Schutzraums, der die Bildung bzw. allgemein die öffentliche Daseinsvorsorge sowie die Landwirtschaft vor den Zugriffen der freien Märkte bewahrte. Wesentlicher Bestandteil des WTO-Vertrags wurde daher das GATS – General Agreement on Trade in Services. Es handelt sich um einen multilateralen Vertrag über grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen.

Obwohl man aus entsprechenden Erfahrungen der "Dritten Welt" bereits weiß, dass eine Daseinsvorsorge, die über den Markt abgewickelt wird, die Grundversorgung für die Armen und schlecht Verdienenden gefährdet, strebt die WTO eine Marktversorgung an, einerseits aus ideologischer Voreingenommenheit und andererseits um neue Märkte für die eigene Industrie "zu erschließen".[2]

---

[1] Nur ein Beispiel: Man vergegenwärtige sich die Post, die als staatliches Unternehmen ganz ausgezeichnet und vielfach besser funktionierte, als in ihrer heutigen privaten Organisationsform. Als Staatsbetrieb verschaffte die Post dem Bundeshaushalt alljährlich stattliche Beiträge bis zu 5 Mrd DM. Heute wird das Briefkastennetz ausgedünnt, das Poststellennetz verkauft und der Abbau des Stammpersonals hat überall Klagen über Qualitätseinbußen beim Briefdienst nach sich gezogen. Die Bürger haben den Eindruck, sie können sich auf die Post nicht mehr verlassen.

[2] Zur Illustration: Aufgrund der Privatisierung der Wasserversorgung wurden etwa in Südafrika über einer Million Einwohner den Zugang zu sauberem Trinkwasser versperrt. Entsprechend nehmen in den Armenvierteln

Ausgeschlossen vom GATS sind nur die "in Ausübung hoheitlicher Aufgaben" erbrachten Dienstleistungen – also nicht kommerzielle, ohne Wettbewerb erbrachte Dienste der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wo jedoch in einem Staat in einem bestimmten Sektor private Dienstleistungen bereits vorhanden sind und es sich also gezeigt hat, dass ein Teilsektor der öffentlichen Daseinvorsorge privat zu organisieren ist, gilt das GATS. Kirchliche Kindergärten, private Schulen und Universitäten bedeuten also laut GATS, dass der Bildungssektor zur Privatisierung offen steht. Dann gelten die so genannten Prinzipien der "Meistbegünstigung" zugunsten von Transparenz und Marktzugang. Mit anderen Worten: Handelserleichterungen, die einem Land gewährt werden, müssen jedem WTO-Land gewährt werden. (vgl. Hachfeld 2005 und Hoffrogge 2005)

Da Dienstleistungen in der Regel durch innerstaatliche Gesetzeswerke bestimmt sind, strebt das GATS nach einer Vereinheitlichung der entsprechenden Regelwerke. Damit sollen "unnötige" Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen abgebaut werden. Diese Vereinheitlichungsbestrebungen der Europäischen Union spiegeln sich auch in den Bologna-Reformen der Universitäten wider.

Zwar gestattet das GATS-Abkommen jedem Staat, den zu liberalisierenden Bereich selbst zu bestimmen, aber die anderen Länder, das IWF oder auch Einzelstaaten wie die USA, können jede beliebige Nation auffordern, bestimmte Bereiche zu liberalisieren. Meistens ergeht diese Aufforderung von einem Land an ein anderes eben dann, wenn sich ersteres erhofft, im zweiten mittels des Angebots von eigenen Firmen zu guten Verdiensten kommen zu können.

Es handelt sich mit dem GATS also um eine Art Einhegungsprozess, vergleichbar den großen Einhegungen in der Landwirtschaft des 16. bis 19. Jahrhunderts, der großen Dienstleistungsunternehmen eine Reihe von Verdienstmöglichkeiten eröffnet, und dabei einen Teil der Bevölkerung um das Recht auf kostenlosen Nießbrauch dieser bisherigen Allmenden beraubt. Für diese These spricht die merkwürdig demokratiefeindliche Politik, mittels der diese "Reformen" jeweils durchgesetzt werden und wurden. Es ist auffällig, dass die neuen Regeln meistens hinter verschlossenen Türen ausgehandelt und sodann als alternativlose Pakete durch die Parlamente geschickt werden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer hat über die fragwürdige, alle Gesetzgebungsregeln sprengende Ratifizierungsprozedur berichtet, mit der im deutschen Bundestag die Annahme des WTO-Regelwerks durchgeführt wurde. Keiner der Abgeordneten konnte das 20 000 Seiten lange Dokument gelesen haben, das quasi über Nacht auf den Tisch kam - ohne erste Lesung, ohne gedruckte und übersetzte Vorlage, ohne Ankündigung in der Tagesordnung - und wie die nebensächliche Ergänzung einer Gebührenordnung mit ostblockhafter Mehrheit (bei sechs Gegenstimmen) behandelt und verabschiedet wurde (Scheer 2003: 101 ff). Der Europarechtler Mathias Herdegen spricht in diesem Zusammenhang von "systematischer Aushöhlung parlamentarischer Steuerung durch Exekutive und Justiz sowie durch die Einbindung verfassungsrechtlich ungebundener Akteure in die Staatsleitung" (ebda: 96).[3]

Südafrikas die seuchenartigen Krankheiten rapide zu. Auch die neu gelegten Telefonanschlüsse können viele nicht mehr nutzen, weil sie zu teuer geworden sind (vgl. u.a. Klein, Müller, Mies).

[3] Dazu ergänzend sei darauf hin gewiesen: Wenig später sollte ein ebenfalls hinter verschlossenen Türen verhandeltes "multilaterales Abkommen", das MAI, den großen internationalen Konzerne ermöglichen, auf Privatisierungen gegenüber Einzelstaaten bestehen zu können. Dank kanadischem und europäischem

Nun hat die Europäische Union sich gegenüber der WTO vorbehalten, "Dienstleistungen, die auf nationaler oder örtlicher Ebene als öffentliche Aufgaben betrachtet werden, staatlichen Monopolen oder ausschließlichen Rechten privater Betreiber unterliegen," zunächst nicht der Privatisierung auszusetzen. Darunter fallen die Universitäten jedoch nur noch teilweise. Genauer sollen nicht privatisiert werden "verbundene wissenschaftliche und technische Beratungsdienstleistungen, Forschungs- und Entwicklungsleistungen in den Sozial und Geisteswissenschaften, technische Prüf- und Analysedienstleistungen, Umweltdienstleistungen etc." Damit bleibt die Forschung zunächst also Angelegenheit der verschiedenen Nationalstaaten. In diesem Katalog fehlt jedoch die universitäre Lehre, die im Gegensatz zur Forschung nicht mehr explizit vor Privatisierung geschützt ist.

Bisher verhindern zudem bestimmte Klauseln der EU, dass ein Staat verpflichtet werden kann, ausländischen Investoren die gleichen Subventionen zu zahlen wie einer inländischen Universität. Es muss allerdings gefragt werden, ob sich das vor dem Hintergrund der Rechtsprechung des EuGH länger aufrechterhalten lässt. Länder wie die USA oder Australien sind als Bildungsexporteure interessiert, sich weitere Marktzugänge zu verschaffen. Für beide Länder steht im Bereich des Exports von Dienstleistungen die Bildung vorn. Zusammenfassend kann man also festhalten, dass die staatliche Bildungshoheit im Rahmen des GATS bereits aufgeweicht ist. Bei jeder neuen GATS-Runde müssen die EU-Staaten ihre bisherige Bewertung der Universitäten als staatliche Hoheitsaufgabe erneut verteidigen.

Offenbar arbeiten die EU-Staaten mittels des Bologna-Prozesses daraufhin, die Universitäten langfristig zu Dienstleistungsunternehmen zu machen, also soweit als möglich zu kommerzialisieren. Es geht also im Bolognaprozess keineswegs nur darum, die Studierenden ungehindert in jedem Land der Europäischen Union studieren zu lassen, und in jedem Land ihr Studium anerkennen lassen zu können, wie viele Abgeordnete gutmütig geglaubt haben mögen. Vielmehr soll der beschleunigte Vereinheitlichungsprozess die europäischen Universitäten auf dem internationalen Bildungsmarkt konkurrenzfähig machen. Insoweit die Europäer dem Druck der WTO, ihren Bildungssektor zu privatisieren, nicht mehr widerstehen, wird man in Europa bald Universitäten vorweisen wollen, die nach dem Vorbild der amerikanischen und australischen Universitäten zahlende Studierende anzuziehen vermögen.

Was lässt sich an der Bildung kapitalmarktfähig machen?

Von der UNESCO werden die Ausgaben für Bildung weltweit auf über 2 Bio $ geschätzt, ein Markt mit gewaltigen Dimensionen also. Solange die Bildung jedoch autonom organisiert ist, ist aus diesem Markt kein Gewinn zu erwirtschaften. Man hat daher eine Organisation eingerichtet, die Initiative „Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland“, (Verbände der Arbeitgeber, der Wissenschaft und des Bundes, der Länder und der Kommunen), dabei spielt die englische Sprache als Angebot eine wichtige Rolle, die an Privatuniversitäten vom Universitätspersonal verlangt wird.

---

zivilrechtlichen Engagements und beherzten EU-Parlamentariern kam dieses Gesetz vorerst nicht durch. (Vgl. Claudia von Werlhof/Maria Mies 1999).

Der Gestaltungsspielraum der Universitäten für Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen soll ausgeweitet werden: Heute können problemlos Forschungsprojekte eingerichtet werden, die mit Beteiligung der Privatwirtschaft arbeiten. Wenn eine universitäre Forschungseinrichtung, die von einem privaten Unternehmen gesponsert oder gemietet wird, patentreife Ergebnisse präsentiert, stehen diese Ergebnisse der Allgemeinheit gar nicht mehr, oder erst nach einer gewissen Zeit zur Verfügung, während der die private Firma die Ergebnisse auswerten kann. Bedenklich ist daran, dass die Unternehmen damit nicht nur steuerfinanzierte Universitätseinrichtungen unter Marktkosten pachten und eigene Labor- und Personalkapazitäten einsparen können, sondern dass sie zielgerichtet auf die Forschungsrichtung einwirken können und damit die Freiheit der Wissenschaft stark beeinträchtigen bzw. in gewisser Weise sogar ad absurdum führen.

Die Einrichtung kostenpflichtiger Studiengänge oder Weiterbildungskurse soll Gewinne ermöglichen. Zu diesem Zweck sollen privatwirtschaftliche Tochterunternehmen gefördert werden: Universitäten könnten demnach eigene Unternehmen gründen, in denen z. B. Patente ausgewertet werden oder bestimmte Studieninhalte an ein zahlendes Publikum verkauft werden. So wird z.B. der Harvard MBA lizenziert und in vielen anderen Universitäten oder auf ausgegründeten Harvard Campi gelehrt.

Eine Reihe von großen amerikanischen Universitäten haben Filialen in Europa, Südamerika und Asien gegründet, um dort den Markt abzuschöpfen, der aus Interessenten besteht, die sich einen Aufenthalt in den USA nicht leisten können oder lokal unabkömmlich sind, aber trotzdem gerne studieren wollen. Das hat zweifellos Vorteile für die Professoren, die auf diese Weise Auslandserfahrungen machen können, und für die Universitäten, die ihre gesamten Strukturen nicht umbauen müssen, sondern nur ihre Filialen nach den jeweiligen Bedürfnissen der Länder, in denen sie tätig werden, zurecht schneidern müssen. Auch australische Universitäten haben heute derartige Universitätsfilialen, und die RTWH Aachen und die TU München haben ebenfalls bereits Tochtercampi in Thailand und in Singapur eingerichtet.

Dieser neue Bildungsmarkt wird also gespeist von verschiedenen Gewinnmöglichkeiten wie Lizenzen, Forschungsüberschüssen und Studiengebühren – 10 Mrd $ nahmen die USA aus Bildungsexporten im Jahre 2000 ein, das waren 3,5 % der Dienstleistungsbilanz.

Weitere Möglichkeiten, auf dem Bildungssektor Geld zu verdienen, bestehen in Evaluationsfirmen, die die von den Ministerien und der EU-Kommission seit der PISA-Studie verstärkt geforderten Qualitätsnachweise anbieten, Testverfahren für Zugang zur Bildung, Sprachentests, und Bildungsvermittlungsdienste, die Studien an anderen Universitäten organisieren, und damit dazu beitragen, Studienangebote zu vermarktlichen. Schon jetzt überzieht ein grauer Evaluierungsmarkt die Universitäten, deren Sinn mehr als zweifelhaft ist. Den betreffenden Firmen bringen sie jedoch reales Geld (Heumann 2007).

Das jüngste Beispiel von Privatisierung ist jenes der Johann-Wolfgang-von-Goethe Universität Frankfurt, die in eine so genannte "Stiftungs-Universität" verwandelt wurde. Damit konnte ihr wirtschaftswissenschaftlicher Fachbereich von der Initiative Finanzplatz Deutschland indienst genommen werden: Es wurde ein House of Finance gegründet, das die vorhandenen Aktivitäten des Center of Financial Studies, des Institute of Law and Finance, des E-Finance-Lab und verschiedener Lehrstühle der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften der Goethe-Universität in Frankfurt am Main synergetisch bündelt und ausbaut. Das House of Finance bringt durch die privaten Kooperationspartner, die Wirtschafts-, Finanz- und Versicherungslehrstühle finanzieren, die Wissenschaftler in eine heikle Abhängigkeit, wovon

der Wandel der Haltungen mancher ihrer Vertreter zu den öffentlichen Banken bereits Zeugnis zu geben scheint.

Zur Rolle der EU und des Maastricht-Vertrages

Bisher gibt es 72 private Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland, an denen jedoch nur drei Prozent etwa 3 % aller Studierenden immatrikuliert sind (FAZ 27.08.08) und die fast alle ohne staatliche Unterstützung nicht überlebensfähig sind. Warum also betreiben die europäischen Länder die Privatisierung der Universitäten? Zum einen steckt dahinter zweifellos ein Gutteil reflexionsloser Anpassung an die Marktideale und die entsprechenden Maßgaben der amerikanischen Vormacht. Aber es fehlen auch eigene innereuropäische Motive nicht: In der Folge der Ausweitung der EU auf 27 Staaten drohte die politische Steuerung so kompliziert zu werden, dass man meinte, mit dem Marktmodell die perfekte Lösung für die Steuerungsprobleme in den verschiedensten Bereichen gefunden zu haben. Auch die Währungsunion ergibt aus ihrer inneren Dynamik heraus ein weiteres Motiv für die Privatisierung bisher staatlicher Einrichtungen.

Am 7. Februar 1992 einigten sich die Mitgliedstaaten der damaligen Europa Gemeinschaft auf den so genannten Maastricht-Vertrag und gründeten damit die Europäische Union. Ziel war eine deutlich engere politische Zusammenarbeit der beteiligten Staaten, eine künftige Aufnahme neuer Staaten und eine eigene Währung. Die Einführung einer einheitlichen europäischen Währung wurde beschlossen, als die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs dominierende Dollar-Weltwährung infolge des Vietnamkrieges in Turbulenzen geraten war. Aus den Anfängen einer europäischen Währungsschlange[4] trat sie dann Ende des Jahrtausends ins Leben. Für diese neue Währung wollte man einen möglichst voluminösen Kapitalmarkt bereitstellen. Da Kontinentaleuropa nicht über große und mächtige Pensionsfonds verfügt wie die USA und England, wurden auf allen möglichen Ebenen nach Chancen zur Erweiterung des europäischen Finanzmarktes gesucht.

Nun besteht seit 1999 der einheitliche Währungsraum des Euro in Europa und die Privatisierungsstrategie hat zu greifen begonnen. Für die Privatisierung benötigt man Investoren, und seit die Investmentbanken Kontinentaleuropa als Anlageraum entdeckt haben, stieg der Euro im Verhältnis zum Dollar: Je mehr Investoren auf dem Kontinent investieren, desto größer ist die Kapitalbasis der europäischen Währung und desto höher steigt der Eurokurs. Inzwischen fließt – so erhoben 2006 - fast die Hälfte aller Direktinvestitionen (43%) nach Europa, weit vor China (13%) und den USA (12%). Hohe Rechtssicherheit in einem vereinheitlichten Währungsraum, unausgeschöpfte Potentiale der Börsenkapitalisierung und die Fortschreibung des Prozesses der Privatisierung sind die Erwartungen, mit denen die Investmentbanken und Berater die Investoren einfangen.

Die Privatisierung der bislang umlagefinanzierten Renten wurde eingeleitet, ebenso wie die Marktkapitalisierung der in Kontinentaleuropa typischerweise öffentlichen Versorgungsunternehmen. Einige Privatisierungsprojekte scheiterten allerdings am Protest großer gesellschaftlicher Gruppen – von den Globalisierungskritikern bis zu den

---

[4] Währungsschlange: Die relative Bindung der europäischen Währungen aneinander (durch relativ feste Wechselkurse) , um Währungsspekulationen möglichst weitgehend zu unterbinden.

Gewerkschaften. Ihre Argumente bewogen einen Teil der EU-Parlamentarier, einer allzu umfassenden Privatisierung der Institutionen und Unternehmungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht zuzustimmen.

Die Europäische Kommission konnte jedoch einen guten Teil der angestrebten Privatisierungen durchsetzen, von jener der Post und des Fernmeldewesens über eine große Zahl städtischer Betriebe (Müllabfuhr bis Stromversorgung, Krankenversorgung und in Berlin die Wasserversorgung). Auf der Agenda steht derzeit das Gesundheitswesen, das als "Gesundheitsmarkt" entdeckt wurde. Während es hier darum geht, die letzten freien Berufe, die Ärzte und Apotheker nämlich, in künftig verwertbare Kapitalgesellschaften zusammenzuführen, um das europäische Potential an Marktkapitalisierung aufzustocken, muß resp. mußte der Bereich der Bildung zunächst auf eine Art und Weise umgeformt werden, die eine Marktkapitalisierung überhaupt erst ermöglicht. Tatsächlich verfolgte man bereits seit der ersten Regierung unter Helmut Kohl (CDU) eine entsprechende Politik, man stärkte die Naturwissenschaften, schwächte die Geistes- und Sozialwissenschaften, stärkte die C-4-Professoren und schwächte den "Mittelbau".

Während der letzten, rot-grünen Bundesregierung (1998-2005) wollte der Bundestag aufgrund der Proteste aus Universitäten, Gewerkschaften und Verbänden, den Bildungsbereich eigentlich aus den Liberalisierungsbestrebungen von WTO-GATS heraus nehmen. Die seinerzeitige Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn hat dem jedoch nicht entsprochen, sondern klargestellt, dass sie die Bildung als Markt für Dienstleistungen betrachtet. Deutsche Bildungsanbieter sollten also für den internationalen Markt "fit gemacht" werden, zumindest was deren marktfähigen Teilbereiche betraf. Das geschah und geschieht seit der Bologna-Übereinkunft der europäischen Kultusminister vom 16.6.1999 mit der ansonsten nicht erklärbaren Durchsetzung der verschulten Studiengangstruktur von Bachelor und Master, die den Magister und das anspruchsvolle deutsche Diplom ersetzen.[5] Diese "Reform" raubt den Absolventen unserer Universitäten jedoch leider jene Flexibilität, die sie in einer dynamischen Wirtschaft mit sich ständig ändernden Berufsfeldern künftig notwendig brauchen werden.

Was bedeutet das Bologna-Abkommen im Einzelnen?

Der Maastricht-Vertrag wurde kurz nach dem Ende der Sowjetunion beschlossen, als die Privatisierung der ehemaligen sozialistischen Betriebe Osteuropas auf der Agenda standen. Diese wurde von einer für Deutschland in diesem Umfang neuen Profession der Berater betrieben, die sich einen ziemlich ungenierten und nahezu unkontrollierbaren Umgang mit

---

[5] Die Kultusministerkonferenz hat sieben Bachelor-Abschlussbezeichnungen genehmigt: Bachelor of Arts (B.A.), Bachelor of Science (B.Sc.), Bachelor of Engineering (B.Ing.), Bachelor of Law LL. B.), Bachelor of Education (B.Ed.), Bachelor of Fine Art (B.A.F.), Bachelor of Music (B. Mus.). Die englische Bezeichnung ist kein Zwang, es sind auch deutsche "Bakkalaureus - resp. Bakkalaurei - der Wissenschaften" denkbar und werden zumindest in Österreich auch verwandt. Die Absolventen müssen aber diesen Abschluss später so tragen, wie er ihnen verliehen wurde und dürfen nicht in eine andere Sprache wechseln. In den anderen europäischen Ländern heißen die entsprechenden Abschlüsse jedoch anders, wie etwa "licence" (in Frankreich), "Laurea di primo livello" (Italien) oder "Kandidatexamen" (Schweden).Vgl. Sebastian Balzter, "Der Bachelor, das unbekannte Wesen" in der FAZ vom 29./30.3.2008.

dem ehemaligen Volkseigentum angewöhnte (vgl. dazu Klein 2007). Die Privatisierungsprofession der Berater suchte nach Beendigung ihrer Arbeit für die Treuhandanstalten nach neuen Aufgaben und schlug daher nach Beendigung der Privatisierung der Staatsbetriebe in Osteuropa vor, auch in Westeuropa die kommunalen und regionalen Versorger in Westeuropa zu privatisieren. Damit trugen sie ihre Umwälzungsarbeit auch in die alte EU. Und sie machten auch vor den Universitäten nicht halt. Erst auf der letzten der großen Bildungskonferenzen (Sorbonne, Lissabon, Bologna), in Bologna, beschlossen die Kultusminister sich diesen Ratschlägen zu beugen.

Das Neue an der "Bolognastrategie" ist, dass die Universitäten nicht mehr als eigene und eigenständige Institution der Bildung verstanden werden. Die Hochschulen werden seither als Fortsetzung der Wertschöpfungskette der Volkswirtschaft betrachtet. Das wirkt eventuell auf den ersten Blick nicht erstaunlich – Universitäten haben den Sinn, Forschung und Lehre zu betreiben, die zur gesellschaftlichen Orientierung und damit zum Wohl der Allgemeinheit beitragen. Neu ist der reduktionistische Utilitarismus auf Dienstleistungsfunktionen ist neu. Die Orientierungsfunktion der Universitäten wird damit aufgegeben. Die klassische Universität hatte die gesellschaftliche Funktion die Studierenden mit der Fähigkeit zu Weitblick und zur Objektivierung von Diskursen auszustatten sowie dem neuesten Wissen auszustatten. Den Hochschulen des Bolognaprozesses wird hingegen die Aufgabe, Stätten geistiger Avantgarden zu sein, abgesprochen. Stattdessen wird die Alma Mater in ein Korsett von ideologischen Marktkonstrukten und Profitabilitätsanforderungen gezwängt. Die Verwaltungseliten, die Unternehmensberater und die europäischen Ministerialen maßen sich an, die Richtung der Forschung allein entscheiden zu können, und verzichten auf weitere störende Konsultationen oder Debatten mit den entsprechenden akademischen Gremien. Bürokratie und Berater üben seither mit verschiedenen propagandistischen, finanziellen und bürokratischen Mitteln die Kompetenz-Kompetenz über die Universitäten aus, und die Autonomie der Universität verschwindet.

Die klassische Universität war – zumindest als Idealtypus – produktiv und innovativ durch die Bereitstellung von Reflexionsräumen, in denen sine ira et studio, ohne Zorn und Eifer, gelehrt und gelernt werden konnte. Das bedeutete, dass ohne äußere Zwänge verschiedene Inhalte und Disziplinen etabliert, sowie Standpunkte oder Lehrmeinungen diskutiert und mit ausreichend Zeit geprüft werden konnten. Diese Freiheit der Wissenschaft war eine der erfolgreichen Säulen für die Entstehung der europäischen Nationalstaaten und Demokratien der westlichen Welt. Die Freiheit der Wissenschaften, die Freiheit von Forschung und Lehre bildete den Kern der abendländischen Universitätsidee.

Im Mittelalter und der frühen Neuzeit waren die Collegien und Universitäten von Landesfürsten oder Könige mit Pfründen oder Stiftungsgeldern versehen worden, wodurch die Universitäten eigene Einnahmen hatten. Die Lehrstühle verfügten ebenfalls über unterschiedlich ausgestattete eigene Pfründen, und die Professoren und insbesondere Privatdozenten erhielten Hörergeld, waren also an einer hohen Anzahl von immatrikulierten Hörern interessiert. Im neunzehnten Jahrhundert endete diese relative finanzielle Autonomie vieler Universitäten. Während das Hörergeld noch bis weit in das zwanzigste Jahrhundert hinein einen Teil der Einnahmen aus Vorlesungen bildete, wurde die Finanzierung der Universitäten und Institute von den Staaten (Ländern) übernommen. Darüber geriet die Autonomie der Universitäten zwar oft in Gefahr, konnte aber hinsichtlich der Kompetenz-Kompetenz zumeist erfolgreich verteidigt werden. Diese, die Selbstbestimmung über Inhalte und Fächerkanon der Lehrer und Forscher, bildete die Basis der inneren Autonomie der

Universitäten. Selbstverständlich waren Lehre und Forschung mit den Fragen der Gesellschaft verbunden, aber entscheidend für die Freiheit der Wissenschaft war, dass sie nicht von den Mächtigen für ihre Zwecke missbraucht oder beschnitten wurde.

Diese Freiheit von Forschung und Lehre stellt der Hochschul-Vertrag von Bologna 1999 durch so genannte Hochschulreformen infrage. Es handelt sich bei diesem "Bolognaprozess" also keineswegs um ein harmloses "Bürokratie-Abbauen". Vielmehr greift der Bolognaprozess damit den Kern der im Grundgesetz fest geschriebenen Wissenschaftsfreiheit an. In Artikel 5, Absatz 3 heißt es: "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei." Denn kann man etwa noch von "freier" Forschung sprechen, wenn der Löwenanteil der Forschungsgelder im Agrarbereich in die "grüne" Gentechnikforschung gehen, obwohl die Bevölkerung zu 80% erklärtermaßen kein Interesse an gentechnisch veränderten Lebensmitteln hat (Ober/Mertens 2007)?

Die Selbstbestimmung der Universitäten als Korporationen der Professoren und Studenten wird nämlich aufgehoben: die neuen Hochschulgesetze der Länder geben den Rektoren, Prinzipalen oder Präsidenten zusammen mit den neu eingerichteten Hochschulräten letztgültige Entscheidungsfreiheiten und degradieren die bisher entscheidenden kollegialen Gremien zu einer Art Betriebsräte mit nach geordneten Rechten. Wissenschaftliche Freiheit, die in der Selbstverwaltung über die Verteilung finanzieller Ressourcen und der Selbstbestimmung in Forschung und Lehre besteht, ist nicht mehr vorgesehen. Stattdessen werden die Hochschulen zunehmend auf Forschungsgelder und Drittmittel verwiesen, aus denen sie sich nun "selbst" finanzieren sollen. Diese Forschungsgelder wiederum werden nach zentral festgelegten Themen und Forschungsfeldern in Ausscheidungs- und Wettbewerbsverfahren vergeben, vorrangig an Naturwissenschaftler (aufgrund der ungleichen Voraussetzungen in der Infrastruktur der Universitäten kommt es dabei zu Wettbewerbsverzerrungen nach dem Prinzip "wer hat dem wird gegeben"). Außenseiter aus Sozial- und Geisteswissenschaften werden durch die neuen Vergabeverfahren etwa der DFG teilweise methodisch ausgeschlossen. Themen, die nicht als verwertungsträchtig gelten, werden daher nahezu grundsätzlich nicht mehr gefördert. Forschungen zu den Verlierern der Umstrukturierungsprozesse gibt es kaum. Die Frauenforschung verschwindet wieder aus den Räumen der Alma Mater, als habe es sie nie gegeben. Und mit all´ diesen so genannten "Orchideenfächern" verlassen auch die beflügenden Gedanken und Gespräche die unwirtlich gewordene Lehrfabrik (vgl. u.a. Heinrich; Berghahn).

Die Universitäten werden und wurden durch die neuen Länderhochschulgesetze der Außensteuerung durch teilweise universitätsfremde Rektoren und Wissenschaftsbürokratie unterstellt, die Binnensteuerung durch korporative Gremien fiel dieser Reform zum Opfer. In der neuen Universität bestimmen somit "Unichefs" mit Aufsichtsräten von Außenstehenden aus Industrie und Verwaltung jetzt vermehrt, welche Forschungsrichtungen gefördert werden und welche Fächer "nicht mehr benötigt" werden. In diesen neuen Aufsichtsräten ist die Großindustrie überrepräsentiert, während Vertreter der Gewerkschaften nur mit 3 % vertreten sind (vgl. GEW 2008). Vertreter von Wohlfahrtsverbänden, Frauen-, Arbeitslosen- oder Migrantenverbänden fehlen. Eltern, Hausfrauen, Pflegende, Diakonissen, ehrenamtlich Tätige oder andere einfache Bürger sind überhaupt und gar nicht vertreten. Marschieren wir zurück in den Industriefeudalismus? In den Aufsichtsräten der Unis zumindest herrscht Autokratie statt Demokratie, herrscht nun das "große Geld".

Den Universitäten wird nicht nur weiterhin die notwendige Finanzierung versagt, und ihnen dadurch der Rahmen ihrer Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten, sondern es wird auch in die Lehre und Forschung eingegriffen durch interne Umverteilung der knappen Ressourcen. Dieser inhaltliche Eingriff erfolgt zugleich mit der strategischen Förderung von bestimmten Fächern und Inhalten, die man mit dem Begriff „innovativ“ und marktnah belegt. Das bedeutet Einsparungen an den Lehrstühlen, die für nicht marktnah gehalten werden. Die Sozial- und Geisteswissenschaften sind nach Ansicht der Ministerialen und der von ihnen hinzugezogenen Experten der Hochschulforschungszentren wenig gefragt, denn sie passen nicht in deren begrenztes Konzept. So kann man, um ein Beispiel zu nennen, in ganz Ostdeutschland kaum noch osteuropäische Sprachen studieren.

Richtgröße ist ein Zukunftsmarkt, auf dem Gewinne gemacht werden können – man denkt dabei an die derzeit gängigen Märkte wie Computer, „high tech“, Gentech und Sicherheit, also Kontrolle und Überwachung. Darauf ist auch das von den Unternehmen geforderte Hochschulforschungsprogramm von 15 Mrd € ausgerichtet. Die als marktnah definierten Fächer erhalten überproportional mehr Geld, also Fächer wie Informatik, Betriebswirtschaft, Biochemie, Gentechnik und Nanotechnik etc. Die so genannte Exzellenzinitiative richtet sich nahezu ausschließlich an sie, nur diese Fächer erhalten die zusätzlich bereit gestellten Gelder. Druck in diese Richtung wird nahezu unisono von verschiedenen Seiten ausgeübt (durch Forschungsmittelvergabe, Evaluationszielvorgaben oder auch Einstufungen nach Rängen in den Medien). Ob diese Märkte wirklich die Märkte der Zukunft sind und die Nachfrage steigen wird, darf bezweifelt werden. Der Computermarkt ist im Jahre 2001 in einem großen Krach zusammengebrochen. Der Biotechnikmarkt hat sich nie so gut entwickelt, wie das von den Interessengruppen gewünscht wurde. Vielmehr hat man heute auf den Aktienmärkten wieder Abstand von diesen Techniken genommen, weil ihre Ertragsaussichten zu unbestimmt und zu wenig berechenbar sind.

Es ist das Problem des Schweinezyklus, das an Universitäten immer wieder zu beobachten ist, das verschärft wird, wenn die Studiengänge ausgedünnt, verschlankt und verschult werden und die Zeit zum Reflektieren und Denken der Stoffhuberei geopfert wurde. Das Studium soll für die Masse des akademischen Fußvolkes verkürzt und für eine Elite von Stars forschungsintensiv ausgeweitet werden. Die geistigen Kapazitäten zu Flexibilität werden bei einem solchen Studium enorm eingeschränkt. Diese systematischen Beschränkungen behindern die Hochschulabgänger bei der Suche nach Arbeit und bei der Einstellung auf neue Anforderungen, denn die Fähigkeit des Lernens selbst, die bisher noch zum Programm der Universität gehörte, wird nicht mehr gefördert. Gefördert wird nicht mehr eine möglichst unspezialisierte Ausbildung, die allgemein gebildete Menschen hervorbringt, die die Grundlage für breitestmögliche Kommunikation im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft schafft. Hier wird also der Anspruch der Demokratien an die Universitäten negiert, reflektionsfähige und moralisch gefestigte Individuen hervorzubringen. Denn nur diese "allseitig gebildete Persönlichkeit", wie es Friedrich Schiller ehedem formulierte, kann am Meinungsbildungsprozess auf der Basis von autonomer Reflektion und Diskussion teilnehmen.

Erfahrungen mit der Privatisierung der Universitäten

Die Frage ist jedoch: Lassen sich Universitäten tatsächlich privatisieren? Die Erfahrungen von Unternehmen, die private Universitäten gründen wollten, waren durchweg ernüchternd, denn es bedarf eines immensen Stiftungskapitals, um den laufenden Betrieb einer Universität mit den Zinsen zu finanzieren – Geld, das nur der Staat aufbringen kann. Von den Handelshochschulen, die sich Universitäten nennen dürfen, obwohl sie nur Betriebswirtschaft anbieten, bis hin zu Witten Herdeke, kommt keine von ihnen ohne staatliche Subventionen aus – allein die private University of Bremen erhielt 118 Mio € vom Bremer Senat und stand kurz darauf dennoch knapp vor der Pleite. Bisher hatte auch die Vermarktlichung von Teilbereichen nicht den Effekt, den die Privatisierungsberater den Ministerialbeamten vorgegaukelt haben. Die Patentbüros an den Universitäten haben längst nicht den Umsatz gebracht, den manche sich davon versprochen hatten, vielmehr haben einige Universitäten ihre Büros wieder geschlossen, weil die Kosten nicht wieder hereinkamen.

Die Universität als Fortsetzung der Wertschöpfungskette zu behandeln ist ein zum Scheitern verurteilter utilitaristischer Anschlag auf die vielfältigen Aufgaben, die eine Universität hat. Denn wissenschaftlichen Hochschulen haben bei uns selbstständig an den Problemen der Zeit teilzunehmen, Forschungen über die Fragen der Gesellschaft anzustellen und entsprechende Konzepte und Orientierungsansätze anzubieten, die diese Probleme zu überwinden ermöglichen. Eine Lenkung der Universitäten auf gesamteuropäischer Ebene wird weder den Problemen gerecht, vor denen die Länder Europas stehen und die sich im einzelnen gravierend unterscheiden, noch wird es den Studenten gerecht, die keine Standardisierung wollen, sondern zum Erlernen selbstständigen Studierens geschult werden sollten, die zu reifen Persönlichkeiten durch Raum zur Reflexion und zum Einstieg in das geistige Leben ihrer Zeit werden sollen.

So kann man in einem Zwischenergebnis feststellen, dass wir vor dem Paradox stehen, dass, während weltweit die sozialen Probleme anwachsen, ausgerechnet jene Fächer, die, wie die Soziologie, eingerichtet wurden, um die sozialen Konflikte begreifen und lösen zu helfen, vernachlässigt und teilweise sogar abgewickelt werden. Die freiheitliche Verfassung der europäischen Universitäten mit ihrer Verpflichtung auf Forschung und Lehre, führte zu ihrer raschen Verbreitung und ihrer Blütezeit vom 19. bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Dieses europäische Modell – das, wie die Ironie der Geschichte es wollte, in der "verspäteten Nation" aufgrund ihrer jahrhundertelangen landesherrlichen Verfasstheit zu einer besonderen Vielzahl vorzüglicher Universitäten führte - wurde zum Vorbild auf der ganzen Welt, vor allem in den USA wo politische oder rassische Flüchtlinge nach 1848 und nach 1933 die Universitäten nach dem deutschen Vorbild gründeten oder pflegten und bereicherten. Während die Bundesrepublik Deutschland sogar auch nach 1949 für seine vielfältige Universitätslandschaft berühmt war, mit einer großen Vielfalt von Hochschulen und Universitäten je nach Bundesland und Stadt, werden nun diese die Universitäten im Zusammenhang mit einem kurzschlüssigen Verständnis von Verwertbarkeit ausgedünnt, filetiert und - zumindest oberflächlich – standardisiert.[6]

---

[6] So wurden und werden z. B. auch die von der ersten Frauenbewegung ab 1907 gegründeten Hochschulen für Sozialarbeit und -pädagogik in vielen Bundesländern in Technikerfachhochschulen integriert, wo die sozialen Studiengänge alsdann zunehmend dem "Sparstift" zu Opfer fielen oder fallen.

Dass die Universitäten und Dozenten die Zerstörung der freien Universitäten kampflos hingenommen hätten, wie einige Autoren (in diesem Band besonders Loer/Liebermann) behaupten, kann man schwerlich behaupten. In Frankreich und Italien gab es Streiks und Widerstände ebenso wie in Deutschland, die zunehmend sogar große Teile der Presse hinter sich hatten. In den 1990er Jahren etwa war an sämtlichen Berliner Universitäten klar, dass der anstehende "Berliner Hochschulvertrag" bedeuten würde, den Bildungsauftrag, den die Freiheitlich-demokratische Grundordnung den Universitäten auferlegt, aufgeben zu müssen. Es war ein merkwürdiges Ansinnen, den Unis aufzuerlegen, "Eigenmittel zu erwirtschaften". Wie sollte das möglich sein? Durch den Verkauf einiger Villen in Dahlem oder gelegentlicher Vermietung von Aulen? Die Professorenschaften, "Mittelbauer" und Studenten wehrten sich mit "Wort und Tat", mittels Gremienarbeit, Presseberichten oder Treffen mit maßgeblichen Politikern, nebst Protestnoten und Demonstrationen mit Händen und Füssen - vergeblich.[7] Mittels "Sparpolitik" setzte die Landesregierung den Berliner Hochschulvertrag durch. Dass eine derartige Umwandlung die keineswegs unbedeutenden Berliner Universitäten kaum zu innovativen Höhen führen konnte und die Mehrheit der Fachbereiche auf das Niveau amerikanischer Land-Colleges degradieren würde, wurde seitens der betriebsblind gewordenen Politik hingenommen und zur Elitenförderung umdefiniert.

Die Sparpolitik als Lenkungsinstrument

In diesem Zusammenhang kann man die Sparpolitik gegenüber den Universitäten in ganz neuem Licht betrachten. Die Sparpolitik begann bereits 1982 mit der ersten Kohl-Regierung. Sollten schon damals die Universitäten möglicherweise einfach nur gefügig gemacht werden, sich dem Zugriff der Privatwirtschaft zu öffnen? Viel spricht dafür. Denn Universitäten, die "Drittmittel" einwerben müssen, werden der Industrie oder "Investoren" in den Schoß getrieben. Seit den frühen 1980er Jahren regieren die Wissenschafts- und Kultusminister in die Universitäten hinein, indem sie das Ausdünnen von Sozial- und Geisteswissenschaften fordern. Seit Mitte der 1990er Jahre vergeben einzelne Universitäten Ehrendoktorwürden vorrangig an Manager von Unternehmen, deren Logo dann bald darauf auf einem der Universitätsinstitute prangt. Das reicht von Volkswagen-Bibliothek bis Aldi-Hörsaal.[8]

Die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre wird mit all diesen hier aufgeführten Umwälzungen zugunsten privaten Einflusses auf die Universitäten infrage gestellt. Auch die Frage der Studiengebühren erscheint daher also – wie einige Studentenschaftsvertreter es

---

[7] Vgl. dazu als ein Beispiel Christian Gizweskis (Privatdozent an der TU Berlin) Brief an den Senator zu Fragen der gegenwärtigen Berliner Wissenschaftspolitik aus dem Jahr 1999 und die anderen offene Briefe etc. die auf seiner Homepage dokumentiert sind. In: http://deposit.ddb.de/ep/netpub/91/53/58/964585391/_data_dyna/_snap_stand_2000_02_27/Cricetus/SOzuC3/OffBrief.htm, (15.7.2008)

[8] Vgl. dazu u.a. Tilmann Reitz in seiner Einleitung zum "Argument" (Heft 272) zum Thema "Neoliberalisierung der Hochschule". Das Heft enthält mehrere ausgesprochen informative und allesamt vorzüglich geschriebene und offenbar auch redaktionell bearbeitete Beiträge zu den derzeitigen Universitätsreformen. Zum Würzburger Aldi-Hörsaal kommt die unheilige Ehe der deutschen Studentenwerke mit Coca-Cola, die in den Mensen Cola-Getränke und Wasser nur noch aus dem einzigen bekannten Großkonzern anbieten (vgl. Blomert 2001).

bereits formulierten – weniger als eine Frage des Sparens oder Finanzierens. Vielmehr geht es letztlich darum, den Bildungssektor zunehmend in einen privaten Markt zu verwandeln. Manche Hochschulordnungen lassen die Verwendung der Studiengebühren offen, sodass an einigen Universitäten die Studiengebühren nicht dem Fach zugute kommen, für das die zahlenden Studierenden eingeschrieben sind. Das Geld fließt somit häufig in einem gewissen Wildwuchs ohne Konzept oder Rücksicht auf die Bedürfnisse der zahlenden Studierenden in vom Rektor oder den entsprechenden Hochschulboards gewünschte Institute oder "Professuren mit besonderen Aufgaben".

Die Einführung der Studiengebühren birgt jedoch noch andere Gefahren. So ist bekannt, dass Studierende sich in den USA immens verschulden müssen, wenn sie ein einigermaßen anerkanntes Studium absolvieren möchten. In den neuen USA des "großen Ausverkaufs" (Krugmann 2004) können bereits heute sogar gut verdienende Eltern ihren Kindern kaum noch ein Studium an einer renommierten Universität zahlen. Stipendien werden nahezu ausschließlich an kleine Genies vergeben, was Unterschichtenkinder infolge fehlenden Bildungshintergrunds selten sind.

Obwohl es den Universitäten theoretisch frei gestellt war, ob sie die Umstellung auf das europäische zweigliedrige Bildungssystem vornahmen, wurden sie de facto unter Druck gesetzt. Der ständig drohende Sparhammer führte zu verblüffenden Entwicklungen. Bedrohte Fakultäten wie an der Humboldt-Universität die Landwirtschaftlich-Gärtnerische Fakultät etwa versuchten, sich mit der besonders frühzeitigen Einführung englischsprachiger Bachelor- und Masterstudiengänge zu retten. Überall entstanden neue spezialisierte Studiengänge, über 400 sollen es jetzt schon sein, mit der kleine Fakultäten oder Universitäten ihre Daseinsberechtigung unter Beweis zu stellen suchten.

Über lange Zeiträume allmählich gewachsene Universitäten versinken heute im Chaos, das eine überdimensional gewachsene Verwaltung mit vielfach dazu untauglichen Mitteln und vergeblich in Schach zu halten versucht (Steinert 2008). Studenten, die so mutig sind, die Universität wechseln zu wollen oder ein Semester im Ausland zu studieren, bekommen erbrachte Leistungen vielfach nicht mehr anerkannt, weil sie zu den Studiengängen oder Modulen der anderen Universitäten nicht passen. Denn Universitäten sind von ihren Traditionen und ihrem Personal abhängig und mussten daher die Inhalte in ihren jeweiligen Studiengängen und Modulen dem vor Ort vorhandenen Personal anpassen. Die Verschulung des Studiums sowie Verkürzung der Studiengänge erschwert daher das Wechseln der Universitäten statt es zu erleichtern.

Merkwürdigerweise werden in einem Moment, in dem innerhalb der Schulbildung allgemein anerkannt wird, dass Drei-Schulstufen-Modelle, Frontalunterricht oder das starre Durchziehen von Stoffen auf Kosten der (Allgemein-)Bildung geht, die Universitäten Europas verschult. Hochschullehrer sollen ihre Weisheiten in Einheits-Päckchen à Semester verpacken, ohne in demotivierende Langeweile zu verfallen. Es ist jedoch schon jetzt abzusehen, dass die viele von ihnen ohne die Chancen, ihre Forschungsleidenschaft in Seminarinhalte verwandeln zu können, in Routine verfallen werden, und das gewünschte Innovationspotential damit verloren geht. Auch die Abbruchzahlen im Bachelor-Studium deuten darauf hin, dass das Ziel, mit einem qualifizierten Abschluss unterhalb des Magisters die Abbrecherquote zu verringern, nicht erreicht wurde.

Tragweite der Bolognareformen

Ungefähr um 1900 sagte der sozialdemokratische Theoretiker Karl Kautsky voraus, dass angesichts der damaligen Entwicklung hin zu immer größeren Gewinnmargen im Zwischenhandel in 100 Jahren kein selbständiger Bauer mehr existiere, da alle als Vertragsbauern de facto zu Lohnabhängigen der großen Industrie degradiert würden. Das ist heute der Fall. Heute steht offenbar das Gleiche mit den Hochschullehren an: Sollen sie, wie es derzeit mit den Ärzten und Rechtsanwälten geschieht, zu fleißigen Lohnbienen von anlagesuchenden Investoren gemacht werden? Wird dieser Prozess früher oder später alle Dozenten treffen?

Die derzeitige Hochschulreform kann man offenbar als eine Art Einhegung der bisherigen Allmende des Allgemeinguts (Allgemein-) Bildung betrachten, die einer Enteignung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zugunsten von privaten Bildungsträgern und Dienstleistungskonzernen gleichkommt. Die Kommerzialisierung des Bildungsbereichs ist jedoch eine Fehlentwicklung, die auf Dauer ihre Korrektur erfahren wird. Denn jede Gesellschaft braucht unabhängige Gelehrtenkulturen und entsprechende Räume der moralischen und wissenschaftlichen Reflektion.

Literatur

Berghahn, Sabine (2002) »Hochschulreform als Ressourcenverschwendung und Kampf der Generationen?« in: Femina Politica – Zeitschrift für feministische Wissenschaft, 11.Jg. Heft 1/2002, 105-113

Blomert, Reinhard (2001), »Zwischen Humboldt und Coca Cola«, in Die Zeit Nr. 33/ 2001

Gizweski, Christian (1999) Brief an den Senator zu Fragen der gegenwärtigen Berliner Wissenschaftspolitik, in: http://deposit.ddb.de/ep/netpub/91/53/58/964585391/_data_dyna/_snap_stand_2000_02_27/Cricetus/SOzuC3/OffBrief.htm, (15.7.2008)

GEW (2008) Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (2008):, Privatisierungsreport 6, von Matthias Holland-Lenz

Hachfeld, David (2005), »Das GATS-Abkommen und die Kommerzialisierung von Bildung in der BRD«, in: AStA FU Berlin (Hg), Universität im Umbruch, 30-49

Heumann, Christoph (2007): Innenansicht der Akkreditierung. Zur Regierungstechnik der Hochschulreform (Interview), in: Das Argument 272, 49. Jg., Heft 4, 2007, 525-530

Heinrich, Klaus (1987) Zur Geistlosigkeit der Universität heute, Oldenburg: Universität

Hoffrogge, Ralf (2005) »GATS, Bologna und die deutsche Hochschullandschaft«, in: AStA FU Berlin (Hg), Universität im Umbruch, 12-29

Klein, Naomi (2007) Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt am Main: S.Fischer

Krugmann, Paul (2004), Der große Ausverkauf, Frankfurt a.M.

Mies, Maria und Claudia von Werlhof (1998), Lizenz zum Plündern – Das Multilaterale Abkommen über Investitionen „Mai“, Hamburg: Rotbuch (3. Aufl. 1999)

Müller, Klaus (2002), Globalisierung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Ober, Steffi und Martha Mertens (2007), »Forschung außer Kontrolle? Aktuelle Forschungsvorhaben zur Agro-Gentechnik« in: Agrarbündnis e.V (Hg), Der Kritische Agrarbericht 2007, Hamm/Westfalen, AbL-Verlag 181-187

Scheer, Herrmann (2003), Die Politiker, München Antje Kunstmann München

Steinert, Heinz (2008), Die neue Bildungskatastrophe, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Reinhard Blomert, Paul Kellermann und Heinz Steinert, Bericht zum Bericht zum Forum für Lehre zum Thema "Hochschulpolitik", in: Karl-Siegbert Rehberg, Hrsg. (2007): Die Natur der Gesellschaft - Tagungsband zum 33. Kongress der DGS in Kassel. Frankfurt a.M./New York: Campus, 1119-1236

Kurze Vorstellung der Autoren

Reinhard Blomert, Dr. rer. pol. habil., derzeit Lehrbeauftragter an der Berliner Ernst Busch Hochschule für Schauspielkunst im Fach Kultursoziologie, Redakteur der Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften "Leviatan". Veröffentlichte zuletzt: "John Maynard Keynes", Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg 2007. Mitglied der Initiative Berliner Privatdozenten und freier Publizist. Kontakt: blomert@wzb.eu

Elisabeth Meyer-Renschhausen, freie Journalistin, freischaffende Autorin und Privatdozentin am Institut für Soziologie an der Freien Universität Berlin, Mitglied der Initiative Berliner Privatdozenten. Befasst mit Schul- und Universitätsreformen seit Schulzeiten. Zuletzt diverse Lehraufträge zu Globalisierung und Regionalentwicklung, Neuer Armut und Re-Ruralisierung (Urban Agriculture, Community Gardens) am Institut für Soziologie an der Universität Hannover sowie am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin. Letzte Monographie: "Unter dem Müll der Acker – Community Gardens in New York City", Königstein im Taunus: Ulrike Helmer Verlag 2004. Kontakt: elmeyerr@zedat.fu-berlin.de